

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuß

47. Sitzung

am Mittwoch, dem 13. Januar 1999, 11:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Eichelberg (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

in Vertretung von Gisela Böhrk

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Klaus Haller (CDU)

Silke Hars (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in Vertretung von Karl-Martin Hentschel

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Tagesordnung:	Seite
1. Vergabe von Dienstleistungen im Bau-, Planungs- und Beratungsbereich	5
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1371	
2. Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert	6
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1539	
3. Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft - Chancen, Risiken und Herausforderungen von Multimedia in Schleswig-Holstein	7
Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 14/1164	
Antwort der Landesregierung Drucksache 14/1509	
4. Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1515	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1569	
5. Zukunft der regionalen Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein nach dem Jahre 1999	11
Landtagsbeschluß vom 3. Juli 1998 Drucksache 14/1536	
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1687	
6. Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	12

zur Inbetriebnahme der Elbfähre von Cuxhaven nach Brunsbüttel

- | | |
|--|-----------|
| 7. Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr über den Sachstand beim Übergang der Erhaltungslast für Eisenbahnbrücken auf Kommunen | 13 |
| 8. Information durch das Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr zur Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck | 14 |
| 9. Verschiedenes | 16 |

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, eröffnet die Sitzung um 11:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vergabe von Dienstleistungen im Bau-, Planungs- und Beratungsbereich

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1371

hierzu: Umdrucke 14/2035, 14/2044, 14/2114, 14/2189, 14/2219,
14/2224, 14/2242, 14/2243, 14/2244, 14/2249, 14/ 2250,
14/2252, 14/2253, 14/2882

(überwiesen am 25. März 1998 an den **Wirtschaftsausschuß**, den Innen- und Rechtsausschuß und den Finanzausschuß)

Die Ausschußmitglieder kommen überein, die Beratung dieses Punktes von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, weil die Voten der beteiligten Ausschüsse noch nicht vorliegen. Der Innen- und Rechtsausschuß sowie der Finanzausschuß sollen gebeten werden, ihre Beschlußempfehlung zu der Vorlage bis zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 10. Februar abzugeben. Der Wirtschaftsausschuß wird sich dann abschließend mit dem Antrag Drucksache 14/1371 befassen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1539

hierzu: Umdruck 14/2806

(überwiesen am 2. Juli 1998 an den **Wirtschaftsausschuß** und alle übrigen Ausschüsse)

Abg. Bernd Schröder erklärt einleitend, daß es durchaus Punkte in dem Antrag gebe, bei denen es auf den ersten Blick so aussehe, als könne darin durchaus Übereinstimmung mit der Antragstellerin erzielt werden. Wenn man den Antrag intensiv durcharbeite, müsse man feststellen, daß in den einleitenden Bemerkungen zu den einzelnen Abschnitten durchaus Positives enthalten sei, daß dann aber textlich versucht werde, die bisher von der Landesregierung geleistete Arbeit in Frage zu stellen, auch negativ darzustellen. Beispielhaft verweist er auf die Seite 2 des Antrages, in der Forderungen ausgedrückt seien, die die SPD absolut nicht mittragen könne. Das beginne - wiederum als Beispiel - mit der angeblichen Blockade der Steuerreform, was sich durch Zeitablauf mittlerweile sogar völlig verändert habe. Sinngemäß gelte dies auch in bezug auf die Ausführungen zu den schleswig-holsteinischen Werften, für die es gelungen sei, trotz der schwierigen Finanzlage des Landes 30 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalt einzustellen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden, Abg. Eichelberg, an dieser Stelle, faßt Abg. Bernd Schröder die Haltung seiner Fraktion dahin zusammen, daß sie für Ablehnung des Antrages plädiere. - Abg. Schmitz-Hübsch weist darauf hin, daß einige Punkte in dem Antrag inzwischen SPD-Politik seien, aber wenn seitens der SPD Ablehnung signalisiert werde, wolle auch sie an dieser Stelle aus Zeitgründen nur noch einmal betonen, daß die CDU diese ablehnende Haltung im Plenum kommentieren werde.

Die folgende Abstimmung hat das Ergebnis, daß der Antrag Drucksache 14/1539 mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen drei Stimmen der CDU dem Landtag zur Ablehnung empfohlen wird.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft - Chancen, Risiken und Herausforderungen von Multimedia in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1164

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/1509

hierzu: Umdruck 14/2685

(überwiesen am 3. Juli 1998 an den **Wirtschaftsausschuß** und den Bildungsausschuß)

In Fortsetzung der in der 41. Sitzung des Ausschusses am 18. November 1998 bereits geführten Diskussion zu diesem Punkt faßt Abg. Schmitz-Hübsch noch einmal zusammen, daß zu der Vorlage eine Anhörung durchgeführt werden solle, zu der sie bereits mit Umdruck 14/2685 vier Themenbereiche als Gegenstand der Anhörung vorgeschlagen habe. Sie bittet darum, heute einen Termin für die Anhörung zu vereinbaren. - Abg. Müller erklärt ebenfalls, daß zu der Vorlage eine Anhörung durchgeführt werden solle, und erklärt, daß er in einer Abstimmung mit Abg. Schmitz-Hübsch in den nächsten Tagen sowohl die inhaltlichen Themen der Anhörung als auch den Kreis der Anzuhörenden festlegen werde. Die Geschäftsführung des Ausschusses solle dann auf dieser Grundlage entsprechend tätig werden. Als Termin für die Anhörung legt der Ausschuß den 10. März 1999, 11:00 Uhr (ganztägig), fest. - An dieser Stelle vereinbaren die Ausschußmitglieder darüber hinaus, die Arbeitssitzung des Ausschusses am 10. März bereits um 9:00 Uhr zu beginnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Innovations- und Gründerzentrum Biotechnologie

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1515

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1569

hierzu: Umdrucke 14/2298, 14/2302, 14/2322, 14/2472, 14/2481, 14/2488,
14/2501, 14/2510, 14/2511, 14/2512, 14/2514,
14/2531, 14/2538, 14/2539 und 14/2609

(überwiesen am 3. Juli 1998)

Abg. Schmitz-Hübsch verweist einleitend auf die Ergebnisse der durchgeführten schriftlichen Anhörung und bittet sodann darum, über den Antrag in der heutigen Sitzung abzustimmen.

M Bülck führt aus, auch die Landesregierung sei davon überzeugt, daß die Biotechnologie eine maßgebliche Zukunftstechnologie sei und erhebliche Auswirkungen auf viele Anwendungsfelder haben werde. Deswegen wolle die Landesregierung ihre Gestaltungsmöglichkeiten dazu nutzen, bezüglich des Innovations- und Gründerzentrums Biotechnologie aktiv zu werden. Vor zwei Tagen habe in Hamburg eine gemeinsame Veranstaltung mit der Freien und Hansestadt Hamburg stattgefunden. Dort sei über die Aktivitäten in den letzten zwei Jahren nach dem BioRegio-Wettbewerb Bilanz gezogen worden. Es seien eine Vielzahl von Projekten vorgestellt worden. Insgesamt habe man innerhalb dieser BioInitiative Nord ein Projektvolumen von 16 Millionen DM angeschoben und etwa 13 Existenzgründungen im biotechnologischen Bereich zu verzeichnen. Deshalb werde die Landesregierung die Biotechnologie weiter fördern. Dazu gehöre selbstverständlich, daß man vernünftige Beratungs- und Transferkompetenzen im Lande habe. Dazu zähle er auch geeignete Schnittstellen, um weiterhin die Aktivitäten mit Hamburg abstimmen zu können.

Hamburg werde bekanntlich ein Biotechnologiezentrum im Bereich der Medizin einrichten. Dieses Projekt sei auf dieser genannten Veranstaltung ebenfalls vorgestellt worden. Im Moment sehe es so aus, daß für dieses Zentrum in der Nähe des UKE Flächen zur Verfügung gestellt werden sollten. Das Projekt sei jedoch noch nicht gestartet, weil im Prinzip noch eine Kostendeckungszusage des Senats für diese private Einrichtung fehle. Von den Interessenten sei gesagt worden, daß etwa 50 % der Fläche belegt seien. Die schleswig-holsteinische Landes-

regierung glaube deshalb auch, daß Biotechnologieprojekte insbesondere Kooperationsprojekte von Wissenschaft und Wirtschaft sein müßten und daß man diesen Austausch von Wissen unterstützen müsse. Er, M Bülck, könne sich vorstellen, daß in Schleswig-Holstein genauso wie bei dem Hamburger Biotechnologiezentrum in einem Kompetenz-Cluster Unternehmen und Forschungseinrichtungen zusammengebracht werden müßten. Selbstverständlich sei der Ansatz eines Biotechnologiezentrums ein interessanter Ansatz, jedoch müßten die Aktivitäten in der Region gebündelt werden, um hier in Schleswig-Holstein zusätzliche Impulse auszulösen.

M Bülck geht sodann auf das Zentrum in Martinsried ein. Dieses Zentrum habe 40 Millionen DM gekostet, und deshalb sei es auch für Schleswig-Holstein unerläßlich, daß man sich genau über die Rahmenbedingungen und die Bedarfsplanung für ein solches Zentrum im Lande klar sei. Aus seiner Sicht gehe es dabei um folgende Fragen: Wie hoch ist wirklich das Potential an Existenzgründungen in dem Bereich der Biotechnologie, auf den man sich dann fokussieren werde? Wie verteilt sich dieses Potential auf die unterschiedlichen Anwendungsbereiche, also Biomedizin, Bioverfahrenstechnik oder Bioumwelttechnik? Reicht das zum erfolgreichen Gründen eines Technologiezentrums aus? - Weiterhin müsse man sich im Rahmen der gemeinsamen Initiative mit Hamburg fragen, wie man hier eine vernünftige Arbeitsteilung hinbekomme, das heiße, wie man auch eine Konkurrenzsituation vermeiden könne.

Wenn es die Potentiale und Schwerpunkte sinnvoll erscheinen ließen, ein solches Zentrum zu errichten, sollte man vielleicht auch an dezentrale Schwerpunkte und an vorhandene Einrichtungen denken. Letztlich müsse auch der Betrieb und die Unterhaltung dieses Zentrums langfristig sichergestellt sein. Vor der Entscheidung über ein solches Zentrum müßten Antworten auf diese gestellten Fragen gegeben werden. Das Wirtschaftsministerium untersuche schon seit Sommer 1998 mit Gesprächspartnern, wie denn ein solches Zentrum aussehen könne. Als Ergebnis dieser Sondierung werde in den nächsten Wochen der Auftrag für eine Machbarkeitsstudie vergeben werden, in der alle diese Fragestellungen konkret bearbeitet werden sollten, um dann Handlungsoptionen entwickeln zu können. Er, M Bülck, stelle es sich vor, daß man in etwa sechs Monaten die Ergebnisse dieser Untersuchung vorliegen haben werde, und dann könne man im Herbst 1999 eine Entscheidung treffen. Die vom Wirtschaftsausschuß durchgeführte schriftliche Anhörung habe bereits wertvolle Hinweise geliefert. Das Ergebnis der Anhörung bestätige ihn in der Auffassung, daß das von ihm geschilderte Verfahren richtig sei.

In der folgenden Aussprache sehen sowohl Abg. Dr. Hinz als auch Abg. Matthiessen den Hauptmangel des Antrages der CDU darin, daß er nicht spezifiziert genug sei. Abg. Dr. Hinz schließt sich dem Verfahrensvorschlag von M Bülck an und erklärt, daß der Antrag in der vorliegenden Form für die SPD noch nicht verabschiedungsreif sei. - Abg. Matthiessen spricht sich

dafür aus, den von M Bülck angesprochenen Prüfauftrag mit einem festen Datum zu versehen, so daß man dann anschließend zu einer gemeinsamen Verabschiedung der Vorlage kommen könne. - Abg. Schmitz-Hübsch wertet es positiv, daß M Bülck eingeräumt habe, daß es vernünftig wäre, in Schleswig-Holstein ein solches Zentrum zu schaffen. Sie gehe aber davon aus, daß das Gutachten in sechs Monaten bestimmt noch nicht vorliegen werde. Darüber hinaus betont sie, daß die von M Bülck angesprochenen Vorüberlegungen längst hätten angestellt werden können.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache modifiziert Abg. Schmitz-Hübsch ihr eingangs vorgebragtes Votum hinsichtlich einer Abstimmung in der heutigen Sitzung und erklärt, sie bitte das Thema noch einmal auf die Tagesordnung der nächsten Wirtschaftsausschußsitzung zu setzen, weil sie beabsichtige, zuvor noch einmal die Meinung der CDU-Fraktion zu diesem Thema einzuholen. - Der Ausschuß beschließt entsprechend.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Zukunft der regionalen Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein nach dem Jahre 1999

Landtagsbeschluß vom 3. Juli 1998
Drucksache 14/1536

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1687

(überwiesen am 7. Oktober 1998)

M Bülck führt aus, daß er an dieser Stelle nicht noch einmal die künftigen Eckpunkte für das Regionalprogramm 2000 vortragen wolle; vielmehr liege ihm daran, darauf hinzuweisen, daß notwendige Konkretisierungen zum Beispiel bezüglich der Fördergebietskulisse, der Präzisierung und Akzentuierung des Förderspektrums und des Volumens zusätzlicher Landesmittel noch nicht erfolgt seien. Die Klärung habe bisher noch nicht erfolgen können, weil dies eine Einigung über die künftige Bund-/Länder- und EU-Förderung voraussetze. Ende März 1999 werde der GA-Planungsausschuß über die Neuabgrenzung der Gebietskulisse entscheiden. Parallel erfolge zur Zeit die Abstimmung über die zukünftige Ziel-2-Kulisse der EU-Förderung.

Des weiteren erinnert M Bülck daran, daß sein Amtsvorgänger bereits die Regionen, Städte und Gemeinden aufgefordert habe, zu diesem Regionalprogramm 2000 Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahmen gingen gegenwärtig ein. Anfang März werde noch einmal eine weitere Unterrichtung der regionalen Akteure in Form eines zweiten Informationsworkshops an der Westküste erfolgen. Auf der Grundlage der letztlich vorliegenden Stellungnahmen und der Entscheidungen auf Bundes- und auf EU-Ebene werde wahrscheinlich im Mai/Juni das Wirtschaftsministerium einen Umsetzungsvorschlag für das Regionalprogramm 2000 zur Entscheidung vorlegen.

Nach einer kurzen Aussprache empfehlen die Ausschußmitglieder dem Landtag einstimmig, die Vorlage Drucksache 14/1687 zur Kenntnis zu nehmen. Des weiteren nehmen sie zustimmend zur Kenntnis, daß M Bülck im Juni im Wirtschaftsausschuß weitere Informationen über das Regionalprogramm 2000 vortragen wolle.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr zur
Inbetriebnahme der Elbfähre von Cuxhaven nach Brunsbüttel**

M Bülck erklärt, bei der hier in Rede stehenden Fährverbindung handele es sich um ein privates Projekt; die Firma Voss & Voss, Cuxhaven, werde Betreiberin sein und müsse auf schleswig-holsteinischer Seite einen Fähranleger, den „Hermannshof“, bauen. Der Fährbetrieb solle mit drei Fähren aufgenommen werden. Bei den baulichen Maßnahmen für den Anleger scheine es im Moment aufgrund der Wettersituation Verzögerungen zu geben. Gegenwärtig sei davon auszugehen, daß die Fährverbindung Mitte 1999 aufgenommen werden könne; dies hänge jedoch davon ab, wie die Baumaßnahmen voranschritten. M Bülck betont, daß das Projekt ohne staatliche Förderung realisiert werde. Die schleswig-holsteinische Landesregierung begrüße selbstverständlich, daß diese Fährverbindung, nachdem sie seit rund 20 Jahren erwartet werde, bald ihren Betrieb aufnehmen werde.

Auf eine Frage des Vorsitzenden, Abg. Eichelberg, unterstreicht M Bülck noch einmal, daß die Infrastruktur von der Betreiberin der Linie geschaffen werde. Es werde ein elbseitiger Fähranleger erstellt werden, so daß die Passage nicht durch die Schleuse erfolgen müsse.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr über
den Sachstand beim Übergang der Erhaltungslast für Eisenbahnbrücken
auf Kommunen**

hierzu: Umdruck 14/2907

Der Sachstandsbericht von AL Dr. Zeichner ist dem Umdruck 14/2907 zu entnehmen. - Eine
Aussprache über die Berichterstattung wird nicht geführt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Information durch das Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr zur Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck

M Bülck unterstreicht die Notwendigkeit der Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg - Lübeck, handele es sich hierbei doch um die letzte nicht elektrifizierte Strecke mit einem so hohen Verkehrsaufkommen - sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr. - Zum Verfahren, diese Elektrifizierung voranzutreiben, berichtet M Bülck, daß auf der gemeinsamen Kabinettsitzung mit Hamburg im November Einvernehmen über die Notwendigkeit der Elektrifizierung der Strecke zum Ausdruck gebracht worden sei. Beide Länder hielten eine Stärkung der Vogelfluglinie und eine Verbesserung der Verkehrsanbindung Hamburg - Travemünde (so korrekter, weil ja die Häfen verbunden werden sollten und nicht nur die Hauptbahnhöfe) für notwendig und dringlich. Weiter seien die Länder auch der Meinung, daß unabhängig von der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes dieses Projekt vorangetrieben werden müsse. In Schleswig-Holstein habe man mit Hamburg eine Arbeitsgruppe gegründet, die zusammen mit der Bahn AG die notwendigen Arbeiten für die umgehende Aufnahme der Entwurfsplanung und für die Durchführung der erforderlichen Rechtsverfahren in Angriff nehmen solle. Am 9. Februar finde hierzu ein vorbereitendes Gespräch zwischen der Baubehörde Hamburg, der Bahn AG und dem Wirtschaftsministerium der schleswig-holsteinischen Landesregierung statt. Ein Entwurf für eine gemeinsame Vereinbarung zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Bahn AG, die das weitere Vorgehen zu diesem Vorhaben regeln solle, liege bereits vor und befinde sich in der Abstimmung.

Leider - so fährt M Bülck fort - seien viele Gespräche, die mit der alten Bundesregierung geführt worden seien, erfolglos geblieben, weil das Bundesverkehrsministerium damals nicht bereit gewesen sei, einer Finanzierung der Elektrifizierung vor Abschluß der Untersuchung zur Fehmarnbelt-Querung und der danach zu treffenden Entscheidung über eine Querung des Fehmarnbelts zuzustimmen. Ein vorliegender Brief des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium habe diese Haltung mit der Aussage bekräftigt, daß eine nachträgliche Aufnahme in die Investitionsplanung des Bundes wegen der Unterfinanzierung des Bundesverkehrswegeplanes 1992 nicht möglich sei und zuerst Klarheit über die fest Fehmarnbelt-Querung herrschen müsse. Die schleswig-holsteinische Landesregierung sei aber der Meinung, daß die Bereitstellung der Planungsmittel unabhängig von der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes und der Entscheidung für eine Fehmarnbelt-Querung erfolgen könne.

Nach Abschluß der Arbeiten der genannten Arbeitsgruppe werde man erneut in Verhandlungen mit der neuen Bundesregierung eintreten, um zu erreichen, daß zumindest die erforderlichen Planungsmittel in der Größenordnung von etwa 4 Millionen bis 5 Millionen DM für diese Maßnahme bereitgestellt würden. Diesen Schritt habe man dem Bundesverkehrsminister bereits in einem Schreiben mitgeteilt und darin angekündigt, daß Schleswig-Holstein in Kürze Verhandlungen zur Bereitstellung der Planungsmittel aufnehmen wolle.

Nach dem Austausch zusätzlicher Informationen nehmen die Ausschußmitglieder die Information durch M Bülck zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Nach einer Anregung durch Abg. Schmitz-Hübsch kommen die Ausschußmitglieder zu dem dem Wirtschaftsausschuß vom Plenum überwiesenen Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur „Erleichterung der Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Grenzgebiet“, Drucksache 14/1809, und dem Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/1832, überein, den in dieser Sache federführenden Sozialausschuß zu bitten, unter Mitbeteiligung des Wirtschaftsausschusses eine Anhörung im deutsch-dänischen Grenzgebiet durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, schließt die Sitzung um 12:25 Uhr.

gez. Eichelberg
Vorsitzender

gez. Neil
Geschäfts- und Protokollführer